

Schriftenreihe

Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Pipitsa Kousoula

# Vom Bail-out-Verbot zur solidarischen Bail-out-Pflicht?

Eine rechtliche Analyse des europäischen mitgliedstaatlichen Solidaritätsprinzips von der Gründung der EWG bis zum ESM



**Nomos**

Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dres. h.c. Jürgen Schwarze,  
Direktor des Europa-Instituts Freiburg e.V.,  
Universität Freiburg

Prof. Dr. Armin Hatje, Universität Hamburg

Band 397

Pipitsa Kousoula, LL.M.

## Vom Bail-out-Verbot zur solidarischen Bail-out-Pflicht?

Eine rechtliche Analyse des europäischen mitgliedsstaatlichen Solidaritätsprinzips von der Gründung der EWG bis zum ESM



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2010

ISBN 978-3-8487-6705-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0762-6 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation angenommen.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem ersten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Armin Hatje, für unsere langjährige Zusammenarbeit und sein persönliches Engagement bei der Betreuung dieser Arbeit sowie für seine vielfältigen Kommentare und den stets wertvollen wissenschaftlichen Austausch. Mein Dank gilt auch meinem zweiten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Markus Kotzur, der die Fertigstellung dieser Arbeit durch seine innovativen Gedanken und seine jederzeitigen Diskussionsbereitschaft gefördert hat. Ebenfalls bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Professor Dr. Otto Luchterhandt für sein Mitwirken in der Prüfungskommission.

Ein herzlicher und besonderer Dank gebührt weiterhin der Albrecht Mendelssohn-Bartholdy Graduate School of Law. Die wissenschaftlichen Diskussionen, die vielfältigen Lektüren sowie die vollständige Unterstützung der Graduiertenschule hatten zum qualitativen Niveau dieser Arbeit auf zahlreichen Weisen beigetragen. Besonders möchte ich mich bei meinen Arbeitskollegen Barbara German, Dr. Emilia Castro, Reem Ahmed, Annalisa Morticelli, Tomas Restrepo and Giuseppe Bitti bedanken. Während der gesamten Zeit dieser Arbeit waren sie für mich Freunde, Familie und Kollegen. Für unsere schöne Zeit und ihre Unterstützung in den schwierigen Momenten werde ich immer dankbar sein. Darüber hinaus möchte ich mich bei meiner guten Freundin, Richterin Theodora Roumelioti, herzlich bedanken. Ihre Ideen und unser wissenschaftlicher Austausch haben mich immer einen Schritt vorwärtsgebracht.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meinen Eltern, Aliki Papadimitriou und Dr. Dimitrios Kousoulas, sowie meinem Bruder, Dr. Stavros Kousoulas. Meinem Bruder danke ich für seinen Glauben an mich, der für mich eine dauerhafte Herausforderung war, das Beste aus mir herauszuholen.

Meinen Eltern danke ich von Herzen, dass sie mir nicht nur diese Ausbildung, sondern alles, was ich im Leben geschafft habe, ermöglicht haben. Ohne sie wäre diese Arbeit unmöglich gewesen. Sie, ihre Liebe fürein-

*Vorwort*

ander und ihr Beispiel, immer Kämpfer zu sein, stellen das Licht meines Lebens dar. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Hamburg, März 2020

*Dr. Pipitsa Kousoula, LL.M.*

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitendes Kapitel	19
A. Problemstellung	19
I. Finanzkrise und Europäische Union: Von der Bankenkrise zum europäischen Wirtschaftsscheitern	20
II. EU-Krisenmaßnahmen	24
1. Europäischer Rettungsschirm	24
2. Europäischer Stabilitätsmechanismus – ESM	26
B. Problemstellung	29
I. Gerechtfertigter Verstoß des Art. 125 AEUV?	30
II. Unionssolidarität	32
C. Forschungsinteresse	34
D. Gang der Untersuchung	36
Erstes Kapitel: Begriffliche Bestimmung	37
A. Unklarheit als Merkmal der Solidarität	37
B. Begriffliche Annäherung	40
I. Etymologische Wurzel	40
II. Geschichtliche Entwicklung	42
1. Französische Sozialreformer	42
a) Claude-Henri Saint-Simon und Charles Fourier	42
b) Pierre Henri Leroux	47
2. Solidarität und Arbeiterbewegung	49
a) Von theoretischer „fraternité“ zur faktischen Arbeitersolidarität	49
b) Solidarität als Zentralbegriff der kämpferischen Theorie	51
aa) Solidarität für eine gesellschaftliche Reform	52
bb) Klassensolidarität der marxistischen Lehre	56
3. Solidarität in der katholischen Soziallehre	59
a) Die Analysen des „Solidarismus“	59

*Inhaltsverzeichnis*

b) Heinrich Pesch, Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning	62
4. Moderne sozialwissenschaftliche Annäherung	68
III. Solidarität als Rechtsbegriff	70
1. Erste Annäherung: Emile Durkheim – Léon Duguit	71
2. Kern der Problematik	75
a) Endlose Weite des solidarischen Handelns	75
b) Freiwilligkeit und Solidarität	77
3. Ergebnis	79
 Zweites Kapitel: Europäische Solidarität	 81
A. Auf dem Weg zum „solidarischen Europa“	81
I. Historischer Hintergrund	81
II. Solidarität in den Gründungsdokumenten der europäischen Vereinigung	83
1. Der Schuman-Plan	83
2. Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKSV)	85
3. Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWGV)	88
a) Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	89
b) Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)	92
c) Das Scheitern der EVG und der EPG	95
d) Die Gründung der EWG: Das Ende der europäischen Solidarität?	96
e) Das wirkliche Wesen der EWG und die Verstärkung der europäischen Solidarität	101
f) Die Solidaritätsvorschriften des EWGV	106
aa) Präambel und Art. 2 EWG	106
bb) Art. 5 EWGV	107
i) Der Inhalt der Verpflichtungen des Art. 5 EWGV	108
ii) Art. 5 EWGV als klare Solidaritätsverpflichtung	112
iii) Pflicht zur Gemeinschaftstreue?	114
B. Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	117
I. Der Bericht an den Europäischen Rat vom 29. Dezember 1975: „Der Tindemans-Bericht“	119

II. Die Feierliche Deklaration des Europäischen Rates zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983	121
III. Entwurf des Europäischen Parlaments für einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union vom 14. Februar 1984	125
IV. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA)	131
C. Solidarität im Unionsrecht	136
I. Der Maastrichter Vertrag und die Gründung der Europäischen Union	136
II. Art. 2 EGV	139
1. Art. 2 EGV als Zielkatalog der EG und seine Funktionen	140
2. Adressaten und Justiziabilität des Art. 2 EGV	142
3. Solidarität nach Art. 2 EGV	144
a) Solidarität als Ziel der EG	145
b) Solidarität und wirtschaftlicher bzw. sozialer Zusammenhalt	146
III. Solidarität im EUV	148
1. Präambel des EUV	148
a) Die Rolle der Präambel des EUV und ihre normative Rechtswirkung: Die rechtliche Kraft der Solidarität	148
b) Die Adressaten der Solidarität der Präambel des EUV	152
c) Rechtlicher Gehalt der Solidarität der Präambel des EUV und seine Grenzen	154
2. Art. 2 EUV	156
a) Die Union als homogene Wertegemeinschaft	157
b) Art. 2, S. 2 EUV und die gesellschaftliche Dimension der europäischen Solidarität	160
c) Normativität und Rechtsverbindlichkeit des Art. 2 EUV	164
3. Art. 3 EUV und die Zielsetzungen der EU	166
a) Allgemeine Bemerkungen	166
b) Solidarität als Unionsziel	170
aa) Art. 3, Abs. 3 EUV: Die Grundelemente der europäischen Wirtschaftsordnung	171
i) Art. 3, Abs. 3, UA 2 EUV: Europäisches Sozialmodell und Generationensolidarität	173
ii) Art. 3, Abs. 3 UA 3 EUV: Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der EU	178

*Inhaltsverzeichnis*

bb)	Art. 3, Abs. 5 EUV: Solidarität und gegenseitige Achtung unter den Völkern als Hauptziele der europäischen Außenpolitik	182
4.	Solidarität im auswärtigen Handeln der Union	184
a)	Art. 21, Abs. 1 EUV: Grundsätze der europäischen Außenpolitik	185
aa)	Allgemeine Bemerkungen	185
bb)	Solidarität als Leitprinzip der europäischen Außenbeziehungen	188
b)	Solidarität im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	190
aa)	Institutionelle Besonderheiten der GASP und die Rolle der Solidarität	191
bb)	Das Solidaritätsgebot des Art. 24, Abs. 3 EUV	193
i)	Die Unterstützungspflicht der Mitgliedstaaten im Rahmen der GASP	194
1.	Mitgliedsstaatliche Unterstützungspflicht harmonisierender Wirkung	195
2.	Mitgliedsstaatliche Koordinierung als Unterstützungspflicht	196
ii)	Die Unterlassungspflicht der Mitgliedstaaten im Rahmen der GASP	198
cc)	Besondere Bemerkungen zur europäischen Solidarität im Rahmen der GASP	200
i)	Adressaten der Solidarität im Rahmen der GASP	200
ii)	Die Justiziabilität der solidarischen Verpflichtungen im Bereich der GASP	202
iii)	Der Vorrang des gemeinsamen Interesses als Bestandteil der Solidarität im Rahmen der GASP	202
IV.	Solidarität im AEUV	204
1.	Solidarität in der Asyl- und Einwanderungspolitik und im Bereich der Grenzkontrolle der Union	204
a)	Art. 67 AEUV	205
b)	Art. 80 AEUV	207
aa)	Die solidarische, gerechte Verantwortungsaufteilung des Art. 80 AEUV	207
bb)	Inhaltliche Richtung der Solidarität in der Asyl- und Einwanderungspolitik der EU	211

cc)	Die rechtliche Kraft der Solidarität in der Asyl- und Einwanderungspolitik der EU	213
2.	Solidarität als Leitprinzip der europäischen Energiepolitik	214
a)	Art. 194 AEUV: Mitgliedsstaatliche Solidarität als Leitprinzip der europäischen Energiepolitik	215
b)	Der normative Gehalt der mitgliedsstaatlichen Solidarität des Art. 194 AEUV	218
c)	Die Problematik des Souveränitätsvorbehaltes des Art. 194, Abs. 2, UA. 2 AEUV	220
3.	Die Solidaritätsklausel des Art. 222 AEUV	221
a)	Der Anwendungsbereich der Solidarität des Art. 222 AEUV	223
aa)	Terroranschläge	224
bb)	Natur- und vom Menschen verursachte Katastrophen	226
b)	Die Adressaten der Solidaritätsklausel des Art. 222 AEUV	228
aa)	Die Unterstützungsmaßnahmen der Union	228
bb)	Die mitgliedsstaatlichen Unterstützungsmaßnahmen	232
c)	Die Bedrohungseinschätzung des Art. 222, Abs. 4 AEUV	233
d)	Der justiziable Charakter der Solidaritätspflicht des Art. 222 AEUV.	234
e)	Die Grenzen der Solidaritätsklausel des Art. 222 AEUV	236
D.	Zwischenergebnis	239
I.	Die Mehrdimensionalität der Solidarität als Rechtsprinzip der Europäischen Union: Verfassungsgrundsatz, normativer Wert, Zielsetzung der EU	240
II.	Normativität und Justiziabilität der Solidarität im Rahmen des Unionrechts	242
III.	Das gemeinsame Interesse im inhaltlichen Kern der europäischen Solidarität	244
E.	Die Grenzen der europäischen Solidarität	245
I.	Europäische Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip	245
1.	Der Begriff der Subsidiarität als gesellschaftliches Aufbauprinzip	246
2.	Die Problematik der Beziehung zwischen Subsidiarität und europäischer Solidarität	248

*Inhaltsverzeichnis*

3. Kritik und eigener Ansatz: Das Komplementärverhältnis zwischen Subsidiarität und europäischer Solidarität	250
II. Europäische Solidarität und nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten	252
Drittes Kapitel: Europäische Solidarität und mitgliedsstaatliche Wirtschaftspolitik	256
A. Einleitung und Darstellung der Problematik	256
B. Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten im Rahmen der EU	257
I. Art. 119 AEUV:	258
1. Die Grundlage der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten	258
2. Die wirtschaftspolitischen Grundsätze nach Art. 119, Abs. 3 AEUV	262
3. Die normative Funktion der wirtschaftspolitischen Grundlagen und Grundsätze des Art. 119 AEUV	263
II. Art. 120 AEUV:	264
1. Die Orientierung der mitgliedsstaatlichen Wirtschaftspolitik	264
2. Die Verbindung der mitgliedsstaatlichen Wirtschaftspolitik mit dem Zielkatalog der EU	265
3. Solidarität als Richtlinie der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten	267
III. Art. 121 AEUV	269
1. Die mitgliedsstaatliche Wirtschaftspolitik als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse	269
2. Die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Kordinierung der EU-Mitgliedsstaaten	271
3. Die Justiziabilität des Art. 121 AEUV und der mitgliedsstaatlichen wirtschaftspolitischen Kordinierung	273
IV. Art. 122 AEUV	275
1. Art. 122, Abs. 1 AEUV: Die solidarische Unterstützung der EU	276
a) Wirtschaftspolitische Unionsmaßnahme im Geiste der Solidarität	276
b) Der Ausnahmecharakter und die Justiziabilität des Art. 122, Abs. 1 AEUV	279

2. Art. 122, Abs. 2 AEUV: Finanzieller Beistand im Falle wirtschaftspolitischer Schwierigkeiten	281
a) Der Anwendungsbereich des Art. 122, Abs. 2 AEUV	283
b) Die tatsächlichen Voraussetzungen des Unionbeistandes	285
aa) Das Element der unkontrollierbaren Außergewöhnlichkeit	286
bb) Die Rolle des vorherigen Verhaltens des Mitgliedsstaates	288
cc) Finanzielle Unionsunterstützung unter „bestimmten Bedingungen“	291
c) Die Justiziabilität des finanziellen Unionsbeistandes	293
d) Die Problematik des Verhältnisses zum Art. 125 AEUV	295
aa) Funktion und Ziel der No-Bailout-Klausel	296
bb) Die Reichweite des Art. 125 AEUV als Verbotsnorm	299
cc) Eigene Stellungnahme	302
V. Art. 136, Abs. 3 AEUV und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	304
1. Vertragsänderung und neuer Art. 136, Abs. 3 AEUV	305
2. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	308
a) Zweck der Hilfestellung	309
b) Die Bedingungen der solidarischen Finanzhilfe im Rahmen des ESM	310
aa) Die Unabdingbarkeit der Hilfe für die Stabilität der Eurozone	311
bb) Die Konditionalität der finanziellen ESM-Unterstützung	312
C. Ergebnis	313
Zusammenfassung	316
Literaturverzeichnis	347



## Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGF	Außengrenzfonds
AMIF	Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
Bd.	Band
Ders.	derselbe
d.h.	das heißt
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EASO	European Asylum Support Office
EEA	Europäische Einheitliche Akte
EFF	Europäischer Flüchtlingsfonds
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIF	Europäischer Integrationsfonds
endg.	endgültig
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
ER	Europäischer Rat
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft

*Abkürzungsverzeichnis*

EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERF	Europäischer Rückkehrfonds
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EURODAC	European Dactyloscopy
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EuS	Ethik und Sozialwissenschaften
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DVBl	Deutsche Verwaltungsblatt
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
HWDSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
IMF	International Monetary Fund
i.e.S.	in engem Sinne
i.S.	im Sinne
ISF	Innerer Sicherheitsfonds
i.V.	in Verbindung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JCSW	Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften
Jh.	Jahrhundert
JZ	Juristen Zeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft

lit.	Littera
MEW	Marx / Engels Werke
MoU	Memorandum of Understanding
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
Rn.	Rundnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seiten / Satz
s.	Siehe
SIS	Schengener Informationssystem
Slg.	Sammlung
SpStr.	Spiegelstrich
SuS	Staatswissenschaften und Staatspraxis: rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Beiträge zum staatlichen Handeln
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TEU	Treaty on European Union
u.a.	unter anderen
UA	Unterabsatz
Urt.	Urteil
v.	von / vom
verb.	verbunden
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZaöRV	Zeitschrift für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZEI	Zentrum für Europäische Integrationsforschung
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtlichen Studien
Ziff.	Ziffer

